DER TAGESSPIEGEL

EZB senkt Leitzins und beschließt Strafzins

05.05 2014



Was wird aus unserem Geld? Der Rat der Europäischen Zentralbank entscheidet Foto: dpa

Die EZB hat am Donnerstag eine Leitzinssenkung und einen Strafzins beschlossen. Diese Entscheidung war lange mit Spannung erwartet worden. Die Frage ist, wie die Börsen darauf reagieren.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Leitzins auf ein neues Rekordtief von 0,15 Prozent gesenkt. Das teilte ein Sprecher der Währungshüter am Donnerstag in Frankfurt am Main mit. Zugleich beschloss die EZB einen Strafzins von minus 0,1 Prozent für Geldreserven, die die Banken bei der EZB zwischenlagern, statt sie Unternehmen als Kredite zur Verfügung zu stellen. Diese Entscheidung war lange erwartet worden. Die Frage ist, wie die Börsen darauf reagieren. EZB-Chef Mario Draghi kündigte weitere Schritte an.

Finanzexperten hatten vor diesem Schritt gewarnt

Vor der mit Spannung erwarteten Leitzinsentscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB) hatten Finanzexperten vor einer Niedrigzinspolitik gewarnt.

"Das ist ein ganz gefährlicher Weg, den die EZB da einschlägt", sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon, am Donnerstag im ARD-"Morgenmagazin". "Wir entwerten die Vermögen der Menschen in Europa mit diesem niedrigen Zins. Das hilft niemandem." "Die Europäische Zentralbank ist nicht der richtige Ort, um die Strukturprobleme europäischer Mitgliedsstaaten zu lösen. Da überhebt sie sich", kritisierte Fahrenschon.

"Die Geldpolitik wird sich irgendwann normalisieren müssen. In den USA hat der Abschied vom billigen Geld bereits begonnen", sagte Christian Ahlers, Finanzexperte vom Verbraucherzentrale Bundesverband, der "Neuen Osnabrücker Zeitung" vom Donnerstag. Für die Eurozone komme es darauf an, die Stagnation in den südlichen Mitgliedsländern zu überwinden.

Anstelle der EZB seien die Regierungen der Euroländer gefordert, gegen die "wirtschaftliche Misere Europas" vorzugehen, sagte der Grünen-Politiker Gerhard

Schick der "NOZ". "Sie müssen endlich mit Zukunftsinvestitionen für neue wirtschaftliche Dynamik sorgen, insbesondere auch in Deutschland."

Mario Draghi warnte seit Monaten vor Mini-Inflation

EZB-Präsident Mario Draghi warnt seit Monaten vor den Gefahren der Mini-Inflation für die Konjunktur im Euroraum. Er sah zwar aktuell keine Deflation - also eine Spirale sinkender Preise durch alle Warengruppen, bei der Verbraucher und Unternehmen in Erwartung weiter sinkender Preise Ausgaben zurückstellen und so die Konjunktur abwürgen könnten. Doch Draghi betonte mehrfach: Die Gefahren nehmen zu, je länger die Inflation niedrig bleibt. Eine Zinssenkung könnte das Risiko verkleinern, denn tendenziell verbilligen niedrige Zinsen Kredite und Investitionen und kurbeln so die Wirtschaft an. Das wiederum stärkt normalerweise den Preisauftrieb.

Hoffnung auf zwei Prozent Inflation hatte sich zerschlagen

Bisher haben sich die Hoffnungen auf eine Rückkehr der Inflation in Richtung der EZB-Zielmarke von knapp unter 2,0 Prozent zerschlagen. Im Mai ging die Rate im Euroraum sogar auf 0,5 Prozent zurück. Selbst in Deutschland, wo der Konjunkturmotor brummt und Löhne steigen, sank die Teuerung nach europäischer Berechnung im Mai auf 0,6 Prozent. "Der Sicherheitsabstand zur Nulllinie im Euroraum ist damit wieder sehr gering", warnt Ökonom Johannes Mayr von der BayernLB.

Es gibt auch Befürworter

Berenberg-Chefvolkswirt Holger Schmieding verteidigte die EZB, Aufgabe der Notenbank sei, für stabile Preise zu sorgen: "Zu behaupten, die EZB enteigne die europäischen Sparer, verkennt das Mandat der EZB. Ihre Aufgabe ist es nicht, Sparern selbst in Zeiten einer Finanzkrise einen gewünschten Ertrag auf risikoarme Anlagen zu sichern." Mit europäischen Aktien, spanischen Rententiteln oder guten Unternehmensanleihen hätten Sparer auch in der Krise auskömmliche Renditen erzielen können - wenn sie bereit waren, Risiken in Kauf zu nehmen. (mit AFP und dpa)